

LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

UNSERE THEMEN.

UNSERE IDEEN.

UNSERE ZIELE.

EINE KLEINE BILANZ

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT


GUE/NGL

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Impressum

Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien, www.dielinke-europa.eu, V.i.S.d.P. Cornelia Ernst, Thomas Händel
Fotonachweise: photocase.com/Pippilotta*, [zabalotta](http://zabalotta.com), C-PROMO.de, [gunsn.bo.rentsch](http://gunsn.bo.rentsch.com), [K_Rahn](http://K_Rahn.com),
Marina Ignatova [nailiaschwarz](http://nailiaschwarz.com); Flickr/Robert Scoble
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin
Auflage: 500



VORWORT

Viereinhalb Jahre Arbeit im Europaparlament liegen hinter uns. Wir acht Abgeordneten haben uns durch die Mühlen des »Betriebs« gekämpft, in verschiedenen Ausschüssen und Arbeitszusammenhängen DIE LINKE handfest vertreten, europaweit. Dabei haben wir erneut festgestellt, dass Antworten auf politische Fragen nicht immer schwarz oder weiß sind. Wir haben die Höhen und Tiefen parlamentarischer Kultur erlebt.

Unser größter Verlust war der Tod von Lothar Bisky. Lothar hinterlässt in der Delegation und in unseren Herzen eine große Lücke.

Als Delegation der zweitkleinsten Fraktion wirkten wir aktiv an zahlreichen Verordnungen, Richtlinien, Resolutionen und Stellungnahmen mit, brachten zahlreiche eigene Initiativen ein. Dabei haben wir im Parlament manchmal gewonnen und öfter verloren.

Gegen Troika und Austeritätspolitik, gegen ein »deutsches« Europa, Privatisierungshysterie und Massenüberwachung der Bürgerinnen und Bürger, für wirkliche Bankenkontrolle, menschenwürdige Beschäftigung, nachhaltigen Umweltschutz, für aktive Armutsbekämpfung, solide ausgestattete EU-Fördertöpfe und ein friedliches Europa, das ab- und nicht aufrüstet und Flüchtlinge schützt, haben wir uns stark gemacht.

Zunehmend sind wir in die Lage versetzt worden, Werte zu verteidigen, die in der EU in den letzten Jahren mehr und mehr unter die Räder gekommen sind. Werte wie Solidarität, unantastbare Menschenwürde, soziale und Freiheitsrechte. Dabei blieben wir nicht ungehört. Eng arbeiteten wir mit Gewerkschaften, Initiativen, Organisationen und NGOs zusammen, berieten uns mit ihnen, unterstützten ihre Kämpfe.

Besonders wichtig war und ist uns die Solidarität mit denjenigen, die unter dem Diktat der Troika leiden müssen. Insbesondere mit den Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern. Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen unserer Fraktion haben wir an zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen teilgenommen und solche unterstützt.

Wir spürten das Defizit an Demokratie, an wirklicher Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an den sie betreffenden Angelegenheiten in Europa. Das europäische Parlament muss seine Kompetenz gegenüber dem Europäischen Rat, der sich in Allmacht auslebt, ausweiten – dafür setzen wir uns ein.

Von Anfang an war uns die enge Zusammenarbeit mit den Gremien unserer Partei, mit unseren Landesverbänden, dem Parteivorstand, aber auch mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen wichtig. Wir haben – mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten – informiert, Themen angestoßen, Denkprozesse befördert, Feedbacks zu den verschiedensten Themen eingeholt.

Wenn wir acht auch in einzelnen Fragen unterschiedliche Positionen haben, ist für jede und jeden von uns ein demokratisches, soziales, gerechtes und friedliches Europa die große Leitidee, der sich keine andere deutsche Delegation in Brüssel so konsequent verschrieben hat. Eine starke und kämpferische LINKE ist deshalb im neuen Europaparlament unverzichtbar.

Cornelia Ernst und Thomas Händel
Delegationsleitung

LOTHAR BISKY

Lothar Bisky begann 2009 in Brüssel zu arbeiten: Da war er Vorsitzender der Europäischen Linken und Bundespartei-Vorsitzender. Nur wenig später wählte ihn die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. Diese Verbindung von linker Politik im Nationalen und Internationalen hat ihn sein Leben lang interessiert und herausgefordert. Mit viel Spaß erklärte er in Schulen den Unterschied zwischen Bundestag und Europäischem Parlament: Wenn im Bundestag eine Partei behaupte, draußen scheine der Mond, behaupte eine andere Partei sofort das Gegenteil. Im EP dagegen werde ein Berichterstatter ernannt, der nach Prüfung des Sachverhalts dem Parlament einen Bericht vorlegt, über den dann alle Abgeordneten abstimmen. Der kollegiale Umgang mit den Vorsitzenden wie auch den Abgeordnetenkollegen anderer Fraktionen bereitete Lothar große Freude. Sein Demokratieverständnis, seine Toleranz und Kompetenz und sein großes Geschick, politische Prozesse zu moderieren, haben viele überzeugt, in Deutschland und im Europaparlament.

Es war sein Hauptanliegen in der vergangenen Wahlperiode, die GUE/NGL nach innen und nach außen zu festigen und dabei zu verdeutlichen, dass es einer starken Linken in Europa bedarf. Seine fachlichen Kenntnisse und seine jahrzehntelange Leidenschaft für die Medien- und Kulturwissenschaft konnte er als Vize-Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Bildung einbringen. So engagierte er sich besonders für den europäischen Film, wirkte bei der Ausgestaltung des zukünftigen Programms »Kreatives Europa 2014-2020« mit und veranstaltete regelmäßig Filmabende in Brüssel. Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte er einmal, seine dramatischste Fehlentscheidung sei gewesen, nicht Regisseur oder Kameramann geworden zu sein.

Ihn interessierte, was Kunst bewirken kann. Zu seinen Filmabenden kamen vor allem junge Menschen, wie auch zu der Aufführung des Films »Kriegerin« von David Wendt. Der Film griff die Thematik von Fremdenfeindlichkeit und Identitätsfindung auf, zwei Themen die auf europäischer Ebene besonders wichtig sind. Lothar Bisky engagierte sich in diesem Sinne unter anderem auch im Kampf gegen Antisemitismus und war Mitglied in der interparlamentarischen Koalition zur Bekämpfung des Antisemitismus im Europäischen Parlament. Er warb für eine respektvolle Beziehung zur Volksrepublik China und engagierte sich in der entsprechenden parlamentarischen Delegation.

Eine seiner wichtigsten Reden im EU-Parlament hielt Lothar am 28. September 2011, als er auf die Frage eines rechtspopulistischen Abgeordneten der EFD-Fraktion zur Anerkennung der Unterscheidung zwischen Anti-Europa und antieuropäischer Union antwortete:

»Mit Rückzug auf die Nation lösen wir keines der Probleme des 21. Jahrhunderts. (Beifall) Deshalb verteidige ich auch die Gemeinschaftsmethode. Das wollte ich sagen. Ansonsten muss man natürlich bei all diesen Dingen stark differenzieren. Aber die Basis muss sein: Gemeinsam können die Nationen in Europa etwas lösen. Deshalb gibt es die Europäische Union. Einzeln und als Nationen können sie nichts und verfallen zurück ins Mittelalter.«



LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
UNSERE THEMEN. UNSERE IDEEN. UNSERE ZIELE.
LOTHAR BISKY





LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
FREIHEIT ZURÜCKEROBERN. GEGEN ABSCHIEBUNG, ÜBERWACHUNG UND AUSGRENZUNG
CORNELIA ERNST





FREIHEIT ZURÜCKEROBERN. GEGEN ABSCHIEBUNG, ÜBER- WACHUNG UND AUSGRENZUNG

MEINE THEMEN

Ich bin im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE). Dabei bin ich vor allem für die Grundverordnung und Richtlinie für Polizei und Justiz zuständig; für das Anti-Produktpiraterie Handelsabkommen (ACTA), Fluggastdatensatz-Abkommen (PNR); SWIFT, Europol, die NSA-Spähaffäre; die Roma-Strategie; Schengen; Visa; Frontex; Eurosur, Dublin II; Saisonarbeiter;

Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI): Verordnungen zur Zukunft der Struktur- und Regionalpolitik 2014-2020 (...) der LINKEN auf diesem Gebiet;

Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM): Europäische Schutzordnung, die Situation lesbischer Frauen in Europa, Abtreibungsrecht.

Als ich 2009 in Brüssel anfang, zeigten mir meine Assistentinnen einen Fragebogen der Parlamentsverwaltung, den sie, verbunden mit medizinischen Zwangsuntersuchungen, wie Bluttest, Zwangsrontgen, als Einstellungsvoraussetzung ausfüllen sollten. Darin waren Fragen über Erbkrankheiten der Familie, ob man raucht, Drogen konsumiert, an HIV-Aids leidet, bei einem Psychologen, wenn ja, bei wem mit welcher Diagnose war. Diesen offensichtlich datenschutzwidrigen Einstellungsvoraussetzungen verweigerten sich mehrere Assistentinnen. Wir starteten eine Öffentlichkeitskampagne, informierten Parlamentspräsident, Frakti-

onen, Ausschüsse. Schließlich drohte die Parlamentsverwaltung den »Verweigerern« zu kündigen. Das war meine Motivation, Datenschutzfragen zu bearbeiten. Die gesamte Legislatur hinweg gehörte unsere Fraktion zu den stärksten und verlässlichen Partnern zum Schutz der personenbezogenen Daten der BürgerInnen. Dank unserer Stimmen wurde das erste SWIFT-Abkommen abgelehnt. Später forderten wir als Konsequenz der NSA-Spähaffäre die Aussetzung des SWIFT-Abkommens. Ohne uns hätte es weder die Ablehnung eines EU-Fluggastdatenabkommens gegeben noch wäre die Ablehnung von ACTA erfolgt. Mehr Überwachung und Ausspähung der Menschen hat nichts mit der Gewährung von Sicherheit zu tun. Nur eine transparente und grundrechtlich starke Gesellschaft ist fähig, Sicherheitsgefahren abzuwehren. Wir müssen die Freiheitsrechte der Menschen verteidigen. Soziale und Freiheitsrechte gehören zusammen!

ROMA, UNSERE NACHBARN: 2009 begannen die Massenabschiebungen von Roma und Sinti aus den Mitgliedstaaten. Ich besuchte im Winter 2009 aus Deutschland abgeschobene Roma im Kosovo. Familien, die sich in Deutschland integriert hatten, Kinder, die hier aufgewachsen waren, wurden ins Nichts abgeschoben, ohne die geringste Möglichkeit, sich im Kosovo eine Existenz aufbauen zu können. Als wir die Beendigung dieser Abschiebungspraxis verlangten, scheiterten wir an der Parlamentsmehrheit. Trotz EU-Roma-Strategie, trotz Diskriminierungsverbot hat sich für Roma und Sinti nicht viel geändert. Ich war in vielen europäischen Ländern, habe Öffentlichkeit hergestellt, unterstützte Projekte und Roma-Organisationen. Menschen- und Bürgerrechte sind unteilbar – das gilt für alle Flüchtlinge.

ABSCHOTTUNG BEENDEN, FRONTTEX ABSCHAFFEN: In den vergangenen 25 Jahren kamen rund 19.000 Menschen auf der Flucht nach Europa ums Leben.

Im Mai 2011 habe ich Lampedusa besucht, um mir ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. An einem einzigen Tag kamen dort 1.200 Menschen an und wurden von den italienischen Behörden in Lager verfrachtet, die daraufhin hoffnungslos überfüllt waren. Bereits am nächsten Tag war ein großer Teil dieser Menschen wieder zurück in Tunesien und diejenigen, die aus Libyen, kamen warteten auf ein Schiff nach Sizilien, wo Strafverfahren wegen illegaler Einreise auf sie warteten.

Bei der damals laufenden Frontex-Reform war ich für die Linksfraktion GUE/NGL zuständig. Wir waren die Einzigen, die klar gegen Frontex stimmten. Danach folgten das Überwachungssystem Eurosur und das misslungene Asylpaket, bei denen wir uns für die Seenotrettung, für ein Verbot von Inhaftierungen und gegen Dublin einsetzten. Wir brauchen in Europa eine humane Asyl- und Migrationspolitik, aber auch einen Neuanfang in der Entwicklungspolitik, um das Leben in den Herkunftsländern zu verbessern. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die EU-Innenminister weiterhin systematisch Menschenrechte verletzen und den Tod von Flüchtlingen billigen, um die EU in einen militarisierten Hochsicherheitstrakt zu verwandeln, der Menschen »von außen« entrechtet und kriminalisiert. Wir müssen auch die Kommunen stärken, damit sie dieser Aufgabe vor Ort nachkommen können. Dafür will ich mich auch künftig stark machen!

CORNELIA ERNST

**» LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
LINKS WIRKT. HIER IN EUROPA!
THOMAS HÄNDEL**





LINKS WIRKT. HIER IN EUROPA!

Seit 2009 arbeiten wir für eine soziale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, einen besseren Verbraucherschutz und die strikte Regulierung der Finanzmärkte. Wir stellen uns gegen eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die ihren neoliberalen Kurs verfestigt, mit ihrer gnadenlosen Austeritätspolitik die Krise verschärft und Millionen von Menschen in soziales Elend treibt.

Wir stemmen uns gegen eine europäische Beschäftigungspolitik, die den Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten, schlechtere Arbeitsbedingungen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zum Ziel hat. Das »Flexicurity«-Konzept der EU hat mehr Flexibilität und schlechtere soziale Absicherung in ganz Europa zur Folge. Verschärfte Ausbeutung und wachsende Armut sind die Ergebnisse: Heute sind fast ein Viertel der Menschen in Europa arm oder stark arbeitsgefährdet.

Wir bekämpfen die Versuche, immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge der Profitmaximierung und den Spekulanten zu opfern.

Und wir lassen nicht nach, den Verbraucherschutz gegen mächtige Lobby-Interessen zu verteidigen und auszubauen.

Trotz der Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament zeigen die Ergebnisse unserer Arbeit: Parlamentarisches Einmischen ist wichtig!

LINKS WIRKT – AUCH IM EP: WIR HABEN ...

- › maßgeblich die Verlängerung der Arbeitszeiten der Fernfahrer von 60 auf 87 Stunden pro Woche verhindert.

- › zusammen mit KollegInnen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO erstmals in der Geschichte einen arbeitsrechtlichen Status für mehr als 30 Mio. Hausangestellte in Europa erreicht.
- › massiv dazu beigetragen, die weitere Aushöhlung des Streikrechts zu verhindern (Monti II).
- › aktuell den Kampf für bessere Rechte von entsandten Arbeitnehmern und Maßnahmen gegen Lohndumping und Sklaverei auf der Tagesordnung.
- › eine Mehrheit für die Anwendung des Günstigkeits-Prinzips und eine Nicht-Rückschritts-Klausel bei transnationalen Betriebsvereinbarungen erkämpft.
- › trotz Verschlechterung der Richtlinie für Bodenverkehrsdienste an den Flughäfen die Geltung des repräsentativen Tarifvertrags beim Anbieterwechsel durchgesetzt.
- › Hand in Hand mit Gewerkschaften und dem ersten erfolgreichen europäischen Bürgerbegehren einen Vorstoß zur Wasserprivatisierung verhindert.
- › die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert, den Zugang zu Krankenpflegeberufen für Haupt- und Realschüler verteidigt und die Patientensicherheit verbessert.
- › daran mitgearbeitet, die Finanztransaktionssteuer und Eurobonds mehrheitsfähig zu machen.
- › dazu beigetragen ungedeckte Leerverkäufe zu verbieten, Kreditausfallversicherungen strikt zu regulieren, harte Maßnahmen gegen Steuerflucht und -hinterziehung mehrheitsfähig gemacht und eine – wenn auch noch zu schwache – europäische Finanzaufsicht zu installieren.

Aber es braucht mehr: Ein anderes Europa ist nötig! Dazu brauchen wir eine starke Linke im Parlament, starke außerparlamentarische Bewegungen und Gewerkschaften sowie eine umfassende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU.

Die neoliberale Richtung ist klar: Längst geht es nicht mehr um die bloße »Zurückdrängung des Staates« aus der Wirtschaft. Es geht um den Umbau dieses Europas zur »marktkonformen Demokratie«, zum ultraliberalen Nachtwächterstaat. Immer mehr Bereiche des Öffentlichen sollen privatisiert, Löhne, Arbeitsbedingungen und -rechte zu blanken Wettbewerbsfaktoren degeneriert und immer stärker ausgehöhlt werden.

Dagegen formulieren wir klare Alternativen – auch im Parlament: Ein sozial gerechtes und solidarisches Europa geht nur mit guter Arbeit, guten Löhnen, guten Renten und sozialem Fortschritt für alle, es schützt vor Armut und sichert ein Leben ohne Angst.

Europa darf nicht länger der Profitgier des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ausgeliefert bleiben. Europa braucht eine radikal andere Wirtschafts- und Industriepolitik ohne Rüstung, Atomkraft, fossile Energie und Umweltzerstörung – eine Offensive für neue, menschenwürdige Arbeit, öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur, Bildung und Gesundheit.

Das geht nur mit mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft – und einer stärkeren Linken im EP.

THOMAS HÄNDEL



LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

ALTERNATIVEN ZUM KASINO: GRUNDRECHTE DURCHSETZEN, LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

JÜRGEN KLUTE





ALTERNATIVEN ZUM KASINO: GRUNDRECHTE DURCHSETZEN, LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Nach beinahe fünf Jahren als EU-Abgeordneter der Linken ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Hat das Engagement für eine EU, die Arbeitnehmerinteressen in den Mittelpunkt stellt, etwas gebracht? Anders gefragt: EU-Politik von links – geht das überhaupt?

Die Gremien, in denen ich die Linksfraktion GUE/NGL seit 2009 vertreten durfte, hatten mehr als große Aufgaben zu bewältigen. Allen voran der Wirtschafts- und Währungsausschuss, in dem ich unsere Fraktion als Koordinator vertrat. Von der demokratischen Kontrolle der Krisengipfel bis hin zur Aushandlung neuer Regeln für Europas Banken und Finanzmärkte – die Finanzpolitiker im EU-Parlament hatten in dieser Legislatur Verantwortung für den Bestand der europäischen Vereinigung zu tragen.

Wie der Haushaltsausschuss, in dem ich als stellvertretendes Mitglied mitgearbeitet habe, steht auch der Wirtschaftsausschuss heute bei den meisten Gesetzesvorhaben auf gleicher Höhe mit den Regierungsvertretern im Rat. Dank einer blanken und teilweise vertragswidrigen Blockade- und Erpressungspolitik unter Führung der Bundesregierung ist es den nationalen Regierungen trotzdem gelungen, ihre eigene Krisen-Agenda durchzusetzen: Anstatt an Lösungen der Krise zu arbeiten, haben die »Geberländer« ein neues Machtgefälle zwischen Gläubigern und Schuldnern durchgesetzt. Wenn es darum ging, Initiativen der EU-Kommission für eine Re-Regulierung

der Finanzmärkte oder für den Schutz von Bankkunden und Kleinsparern umzusetzen, haben die Regierungen dagegen alles getan, um Zeit und Schlupflöcher zum Wohle »ihrer« Banken durchzusetzen.

Ebenso dramatisch: Der Gemeinschaftshaushalt, der die von der Krise betroffenen Länder bislang noch wirtschaftlich am Leben hält, wird ab 2014 massiv zusammengestrichen. Eine Mammutaufgabe der EU-Abgeordneten in der nun zu Ende gehenden Legislatur lag in der Aushandlung des bis 2020 geltenden Haushaltsrahmens. Als Mitglied im Sonderausschuss und in der hochrangigen Koordinierungsgruppe zum Finanzrahmen 2014–2020 habe ich mich für eine ehrgeizige Kohäsionspolitik eingesetzt und den zeitweisen Oppositionskurs des Parlaments gegen die Kürzungspläne der »Geberländer« unterstützt.

Stichwort Finanzmarktregulierung: Im Herbst 2011 hat die EU-Kommission ein Paket für neue Spielregeln auf den europäischen Finanzmärkten vorgelegt. In Zusammenarbeit mit Aktivisten von attac, weed und anderen habe ich das Parlament von wirksamen Regeln gegen die Spekulation mit Rohstoffen überzeugt. Seit Sommer 2013 laufen die Verhandlungen mit den Finanzministern. In einer Vielzahl weiterer Gesetzesinitiativen habe ich mich für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen-Landschaft, für eine schlagkräftige und demokratisch kontrollierte Finanzaufsicht sowie für die Zerschlagung von systemrelevanten Banken und Universalbanken eingesetzt. Als Berichterstatter verhandle ich derzeit eine Richtlinie, die EU-weit das Verbraucherrecht auf ein Girokonto durchsetzen und Banken zu größerer Transparenz bei Kontogebühren und Überziehungszinsen verpflichten wird.

Trotz dramatischer Fehlentwicklungen im Zuge der Eurokrise – die Tatsache, dass die EU-Kommission die Überschuss-Politik der Bundesrepublik anprangert, ist ein Erfolg, an dem ich bei den Verhandlungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung der Eurozone beteiligt war.

Besonders am Herzen lag es mir in den vergangenen Jahren auch emanzipative Bewegungen in Lateinamerika und der Türkei zu unterstützen. Ich habe intensiv mit Vertretern der kurdischen Bewegung, mit Freihandelsgegnern aus Kolumbien und Landlosen in Paraguay zusammengearbeitet. Nach Jahren des Schweigens hat das Europaparlament im Februar 2012 über eine Plenardebatte das Wort ergriffen und eine friedliche Lösung der Kurdenfrage eingefordert.

Nach der verfassungswidrigen Absetzung des linken Präsidenten von Paraguay, Fernando Lugo im Juni 2012, ist die Mercosur-Delegation meiner Anregung gefolgt und hat mit einer Untersuchungsdelegation die geräuschlose Machtübernahme der Putschisten empfindlich gestört. Im Zentrum der politischen Konflikte in Paraguay wie auch in Kolumbien geht es um die Rechte der Kleinbauern und Landlosen. Auch wenn wir die Ratifizierung des Freihandelsvertrags EU-Kolumbien-Peru letztlich nicht verhindern konnten – eine Studie, die ich bei der niederländischen NGO *somo* in Auftrag gegeben hatte und die fehlende Mechanismen gegen Geldwäsche und Steuerrückziehung aufgedeckt hatte, hat den zuständigen Handelskommissar immerhin in Erklärungsnot gebracht.

JÜRGEN KLUTE





LINKE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK

Die Europäische Union hat den Friedensnobelpreis bekommen und viele Menschen verbinden mit der europäischen Idee den Begriff Frieden und Wohlstand für alle.

Doch die Kürzungspolitik im Zusammenhang mit der Eurokrise stürzte viele Menschen ins Elend. Die militärischen Fähigkeiten der EU werden immer weiter ausgebaut, kriegerische Interventionen in allen Teilen der Welt nehmen zu. So wird kein Frieden geschaffen und das Geld, das dafür ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle.

DIE EU ALS RÜSTUNGSTREIBER

Braucht eine Friedensunion einen riesigen Militärapparat? Jeden Tag verhungern weltweit 57.000 Menschen und Tausende sterben durch Waffen, die in der EU produziert wurden, sterben in Kriegen oder Militäreinsätzen, die von der EU und deren Mitgliedsstaaten geführt werden.

Ich setze mich für eine rein zivile EU-Außenpolitik ein und zeige stets die Alternativen auf, die zur Konfliktvermeidung und -bewältigung möglich sind. Da Armut eine wesentliche Konfliktursache ist, wäre ein konsequenter Kampf dagegen die beste Friedenspolitik.

In vielen parlamentarischen Initiativen habe ich mich für die Verbesserung der EU-Rüstungsexportkontrolle eingesetzt. Denn obwohl es verbindliche EU-Regeln zu Rüstungsexporten gibt (gemeinsamer Standpunkt), werden weiterhin todbringende Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Regime geliefert.

Von Konferenzen über vielfältige parlamentarische Arbeit bis zur Erarbeitung eines Berichts habe ich das Thema gemeinsam mit Expertinnen aus der Friedensbewegung und wissenschaftlichen Instituten aufgearbeitet und in die parlamentarische und außerparlamentarische Öffentlichkeit ge-

bracht. Diese Arbeit, insbesondere der Bericht, hat eine sehr große Resonanz und Zustimmung in der Zivilgesellschaft erfahren. Leider gelang es trotz der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Grünen, den Sozialdemokraten und einigen Liberalen nicht, den Bericht zu verabschieden. Er wurde von der konservativen Mehrheit im Ausschuss gekippt. Die Interessen der Waffenindustrie wurden von vielen Abgeordneten des Parlaments wirkungsvoll vertreten. Doch der Bericht und die Öffentlichkeitsarbeit sind nicht wirkungslos verhallt, es wurde eine Grundlage geschaffen, mit der weitergearbeitet werden wird.

MILITARISIERUNG

Vielen Menschen, auch in linken Zusammenhängen, ist das Ausmaß der EU-Militärpolitik nicht bewusst. Deshalb ist Aufklärung und Aufdeckung ein wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit. So habe ich immer wieder den Finger in die Wunde der verdeckten oder missbräuchlichen Finanzierung gelegt, um nachzuweisen und öffentlich zu machen, dass etwa aus Mitteln des Agrarhaushaltes ein Projekt finanziert wird, das zu einem sehr großen Teil militärisch verwendet wird (Galileo), oder dass aus Mitteln der Entwicklungshilfe die militärische Aufrüstung afrikanischer Staaten finanziert wird.

Viele Sachverhalte in der Außenpolitik, die heute auch von Mitgliedern anderer Fraktionen benannt werden, wurden von mir als Erste in die Diskussion gebracht. So das Problem, dass Kindersoldaten in EU-Ausbildungsmissionen einbezogen wurden, dass die Piraterie vor der Küste Somalias nicht militärisch verhindert werden kann, dass angeblich humanitäre Militärinterventionen in Wahrheit wirtschaftlichen Interessen dienen und vieles mehr.

Auch die Tatsache, dass mit der Beistandsklausel, die ähnlich zu verstehen

ist wie die Bestandsverpflichtung der NATO-Staaten, die EU faktisch zu einem Militärbündnis wird, ist nur von Mitgliedern der Linksfraktion benannt worden.

MILITARISIERUNG DER ZIVILEN KONFLIKTBEARBEITUNG

Ursprünglich war zivile Konfliktbearbeitung eine Alternative zu militärischen Einsätzen. Doch in der EU werden die zivile und die militärische Konfliktbearbeitung zusammengeführt. So wird ziviles Krisenmanagement zum Erfüllungsgehilfen militärischer Interessen. Damit muss Schluss sein. Ich setze mich für rein zivile Konfliktlösungen ein.

GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)

Die GASP ist kaum parlamentarisch zu kontrollieren und einer interparlamentarischen Versammlung zur GASP wurden keine verbindlichen Rechte zugestanden. Auch der Lissabon-Vertrag schreibt dieses Demokratiedefizit fort. Das ist einer der Gründe, warum ich weiterhin für eine Änderung dieses Vertrages eintrete. Gleichzeitig thematisiere ich dieses Problem in der parlamentarischen Arbeit und versuche so viel über geplante Militärinterventionen in die Öffentlichkeit zu bringen wie möglich, damit Menschen außerparlamentarisch gegen solche Einsätze vorgehen können.

Zuweilen hat man den Eindruck, dass man sich als kleine Fraktion im EP auf verlorenem Posten befindet. Doch unsere Arbeit wird sehr wohl von den Menschen außerhalb der Parlamente wahrgenommen. DIE LINKE hat sich durch die Arbeit in den vergangenen Jahren im EP als eine verlässliche und kompetente Partnerin der Friedensbewegung bewiesen.

SABINE LÖSING



LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
VON DER KOMMUNE NACH BRÜSSEL UND ZURÜCK: EUROPA IST HIER
MARTINA MICHELS





VON DER KOMMUNE NACH BRÜSSEL UND ZURÜCK: EUROPA IST HIER.



Seit dem 5. September 2013 sitze ich für DIE LINKE. im Europaparlament. Nachgerückt für den im August 2013 verstorbenen Lothar Bisky, setze ich nun auf dieser Politikebene fort, wofür ich als linke Politikerin seit den 1990er-Jahren eintrete. Europapolitik beginnt für mich auf kommunaler Ebene. Das ist meine konkrete Erfahrung aus der Zeit im Berliner Abgeordnetenhaus, zuletzt von 2002 bis 2013 als Vorsitzende vom Ausschuss für Europa-, Bundesangelegenheiten und Medien: EU-Förderprogramme können für Infrastrukturvorhaben (Straßen- und Radwegebau, Breitbandversorgung, umweltgerechte Tourismusförderung), soziale Maßnahmen (Flüchtlingshilfeeinrichtungen, Kinderbetreuung, den öffentlichen Beschäftigungssektor) oder Medien-, Bildungs- und Kulturprojekte (Filmförderung, Studentenaustausch, Bürgerradios) eingesetzt werden. Ob Strukturfondsmittel so sinnvoll verwendet werden oder nicht, dafür sind Mehrheiten in den Parlamenten und Regierungen vor Ort entscheidend. Lokale und regionale Gebietskörperschaften sind hier gemeinsam mit der EU verantwortlich.

Wie kompliziert, nötig und möglich Vernetzung zwischen Kommunal-, Regional- und Europapolitikern ist, habe ich von 2003 bis 2013 im Ausschuss der Regionen (AdR) ausgiebig erfahren. Dieses Gremium aus 353 regional und lokal gewählten Vertretern aus den 28 EU-Mitgliedstaaten ist vielleicht nicht das bekannteste oder mächtigste im Institutionengefüge der EU. Es ist aber umso wichtiger, je mehr EU-Gesetzgebung uns direkt vor Ort betrifft. Subsidiarität heißt ja nicht, dass die EU möglichst wenig machen soll, sondern dass gesell-

schaftliche Fragen dort gelöst werden sollen, wo es am sinnvollsten ist. Gute Regional- und Kommunalpolitiker wissen, was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bewegt oder ärgert. Lösungsansätze EU-weit und doch bürgernah zu besprechen und dorthin zu kommunizieren, wo sie weiterentwickelt werden können, ist eine wichtige Aufgabe des AdR. Als beispielsweise Angela Merkel der Öffentlichkeit noch weismachen wollte, eine Finanztransaktionssteuer (FTS) sei in der EU nicht machbar, weil nicht mehrheitsfähig, haben Brandenburgs linker Europaminister Ralf Christoffers und ich im AdR eine Stellungnahme zur FTS erfolgreich zur Abstimmung gebracht. Auch im Europaparlament hat sich eine Mehrheit dafür gefunden.

So gern ich europäische linke Regionalpolitikerin bin und bleibe – auch als Koordinatorin der Runde der europapolitischen SprecherInnen der LINKEN – so sehr freue ich mich über und auf meine Rolle als linke Europapolitikerin im EP. Denn hier werden die Gesetze beschlossen, auf deren Grundlage vieles in Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt wird. Gute und weniger gute. Arbeitszeitbegrenzung, Umweltstandards und Strukturfondsprogramme genauso wie Richtlinien, die den Hang zur Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen verstärken können oder die Mauern der Festung Europa noch dicker machen. Schuldenbremse und Fiskalpakt kann das EP zwar nicht stoppen, aber wir können uns dafür einsetzen, dass nicht auch noch die Regionalfördermittel gekürzt werden, wenn ein Mitgliedstaat sowieso schon im Defizitverfahren steckt. Wir Linke im EP wenden uns auch gegen Kürzungen im EU-Haushalt,

denn der stellt mit der Regional- und Kohäsionspolitik einen solidarischen Ausgleichsmechanismus zwischen den Staaten und Regionen in der EU dar. Ohne diese Solidarität verlöre die EU einen großen Teil ihres praktischen Werts für uns alle.

Aktuell bin ich im Ausschuss für Kultur und Bildung aktiv und verfolge dort die Arbeiten zu den Förderprogrammen Erasmus+ und Kreatives Europa sowie zum neuen Gesetzesvorschlag der Kommission über Roamingpreise und Netzneutralität. Mitglied bin ich ebenfalls in der Delegation für die Beziehungen zur VR China und engagiere mich in der interparlamentarischen Koalition gegen Antisemitismus.

All dies ist eingeordnet in mein fachübergreifendes Interesse an einer sozialen und nachhaltigen Politik für die Menschen vor Ort. Berlin zum Beispiel, meine langjährige auch politische Heimat, ist nicht nur eine Stadt mit allen metropolenspezifischen Herausforderungen wie Wohnen, Arbeit und Familie, Bildung und Innovation, Migration und Integration, Demografie und ganz besonders demokratische Beteiligung u. v. m. Es geht darüber hinaus sowohl um die Verbindung mit den umliegenden Vorstadt- und ländlichen Gebieten als auch um die Rolle als Partner in den europäischen und internationalen Beziehungen. Ich möchte in den wenigen verbleibenden Monaten dieser Wahlperiode und natürlich darüber hinaus daran arbeiten, dass wir Linken auf verschiedenen politischen Plätzen solche Fragen mit gemeinsamen linken Strategien angehen.

MARTINA MICHELS





EUROPA VERÄNDERN – EINE BILANZ

Eines ist heute sicher: Ohne DIE LINKE. im Europäischen Parlament würde der Widerstand gegen neoliberale Politik der EU fehlen. Unsere Ablehnung des Lissabon-Vertrages war richtig. Zugleich sind neue Entwicklungen eingetreten, die deutlicher als bisher die unterschiedlichen Akteure in der EU-Politik kenntlich machen und damit allen die Möglichkeit geben, sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine soziale, gerechte und demokratische Politik (in) der EU einzubringen.

So hat die Linksfraktion im EU-Parlament wesentlichen Anteil daran, dass ACTA – das Abkommen zur rigiden Durchsetzung von Urheberrechten im Internet – vom Parlament gestoppt wurde.

Solche Veränderungen erfordern konkrete Arbeit in den Ausschüssen. In meinem Fall heißt das, konkrete und aktive Teilnahme in den Ausschüssen für internationalen Handel, für konstitutionelle Angelegenheiten und im auswärtigen Ausschuss.

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt war die (Mit-)Arbeit an einer Alternative zur Handelsagenda 2020, das Mitwirken im Ringen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und ein internationales Handelssystem, damit das Wachstum in den entwickelten Staaten nicht länger auf Kosten der Menschen in den Entwicklungsländern und der Umwelt geschieht. Gegenwärtig geht es beispielsweise darum, die vom Rat und von einer Mehrheit des Parlaments gegen afrikanische Staaten betriebene Erpressungspolitik zur völligen Öffnung ihrer Märkte zu beenden. Ich lehne Abkommen auf Kosten der Menschenrechte und

der Lebenssituation von Bevölkerungsmehrheiten strikt ab. Mein mit großer Mehrheit angenommener Bericht für die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Lateinamerika setzte gleich zu Beginn der Legislatur hierfür Akzente, auf die dann in vielen nachfolgenden Vereinbarungen Bezug genommen wurde. So ist meine scharfe Kritik an den Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru heute durchaus mehrheitsfähig, und wir bleiben dran: Das Abkommen muss zeitnah geändert oder zumindest ausgesetzt werden. Das bleibt auch Maßstab für meine Arbeit als ständiger Berichterstatter für die Handelsbeziehungen mit Ecuador und Bolivien.

Im Handelsausschuss arbeite ich zum Thema der Beziehungen der EU zu China und den USA. Schon heute ist die EU für China der wichtigste Handelspartner. China ist jedoch mehr als eine der bedeutendsten Exportoptionen. Ein gleichberechtigtes und faires Verhältnis zur VR China bleibt eine zentrale Herausforderung europäischer Politik.

Ich kritisiere die Verhandlungen der EU mit den USA über die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die weit über traditionelle Vereinbarungen kommerzieller Zusammenarbeit hinausgehen und Voraussetzungen für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen soll. Ich habe Forderungen formuliert, die für die Gespräche »rote Linien« definieren. Die Ausklammerung der in Europa öffentlich geförderten Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien aus dem Verhandlungs-

mandat ist ein Teilerfolg für die Kritik am sogenannten TTIP. Es wird harte Arbeit, zu verhindern, dass Rat und Kommission über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Jedes Abkommen muss sich daran messen lassen, ob es den Interessen der Bevölkerungen dient und zu sozialem und ökologischem Fortschritt und zu demokratischer Einbindung der betroffenen Gesellschaften führt. Bleibt die Kommission bei ihrer erklärten Absicht von Deregulierung im Interesse von Wachstum und Konzernprofiten, so wird diese weitere europäische Errungenschaften zerstören. Dagegen will ich auch in der kommenden Legislatur kämpfen.

Im Ausschuss für konstitutionelle Fragen geht es um die derzeitige Krise der demokratischen Legitimierung der EU.

Ein »Weiterso« auf der Basis der bestehenden Verträge unter der weitgehenden Ausklammerung der Interessen der BürgerInnen stellen das europäische Projekt insgesamt infrage. Eine grundsätzliche Veränderung der europäischen Verträge ist mehr als überfällig. Eine solche Reform ist jedoch nicht mit den Mitteln sogenannter Regierungskonferenzen zu erreichen, bei denen die Vertreter der Staaten hinter verschlossenen Türen Entscheidungen treffen. Hier müssen neue Wege und Instrumentarien entwickelt werden, die politische Akteure aller Ebenen und auch die breite Zivilgesellschaft einbeziehen. Ein erster Schritt in Richtung einer solchen Bürgermitsprache ist die Europäische Bürgerinitiative.

HELMUT SCHOLZ





EUROPÄISCHES PARLAMENT: NEOLIBERALISMUS KONKRET

Die Fehlkonstruktion der Europäischen Union (EU) ist verantwortlich für die Tiefe der aktuellen Krise. Der neoliberale Dreiklang »Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung« ist fester Bestandteil der Strategie der EU und zementiert in den Verträgen von Maastricht bis Lissabon.

Die fatale Wettbewerbsorientierung der EU wirkt in alle Mitgliedstaaten hinein. Bei meiner Tätigkeit im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) erlebe ich dies hautnah mit und bekämpfe diese Politik. Wir brauchen eine starke linke Opposition gegen den neoliberalen Mainstream der Allparteienkoalition. In diesem Sinne möchte ich mich weiterhin als Europaabgeordnete engagieren.

MIT DRUCK GEGEN NEOLIBERALE PROJEKTE: EINIGE BEISPIELE

Mit Liberalisierung will die EU im Verkehrsbereich den Wettbewerb fördern: Sei es bei der Post, Bahn oder auf den Flughäfen. Das Ergebnis ist aber nicht mehr Wohlstand für alle, sondern Dumping bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zulasten der Beschäftigten und Qualitätsverschlechterungen öffentlicher Dienstleistungen.

DAS FLUGHAFENPAKET: LÄRMSCHUTZ UND BODENDIENSTE

An der Seite von Bürgerinitiativen und der Gewerkschaften streite ich gegen die Verschlechterungen beim Lärmschutz und der Arbeitsbedingungen an den Flughäfen. Dank des außerparlamentarischen Drucks wurde die Richtlinie zu den Bodendiensten im Verkehrsausschuss abgelehnt. Leider hat das Parlamentsplenium die Richtlinie jedoch nicht abschließend zurückgewiesen

und es kam zu Neuverhandlungen. Nun müssen Flughäfen mit mindestens 15 Millionen Passagieren pro Jahr zumindest drei verschiedene Anbieter bei den Bodenverkehrsdiensten zulassen.

EISENBAHNPAKET

Die Kommission verfolgt unbeirrt ihr Liberalisierungsvorhaben im Eisenbahnsektor. Das geht zulasten der Beschäftigten und gefährdet die Sicherheit der Kundinnen und Kunden. Bereits im Rahmen der Verhandlungen zur Neufassung des 1. Eisenbahnpakets in den letzten Jahren habe ich eng mit Gewerkschaften zusammengearbeitet und die Streichung eines Passus zur Ausbeulung des Streikrechts erreicht. In der aktuellen Auseinandersetzung geht es weiterhin um den Erhalt der integrierten Bahnunternehmen in öffentlicher Hand. Diese bieten nicht nur soziale Sicherheit für die Beschäftigten. Sie bieten auch die Garantie dafür, mehr Transporte auf die Schiene zu bekommen und dienen damit dem sozial-ökologischen Umbau in der Verkehrspolitik.

PORT PACKAGE III

Vor Kurzem hat die EU-Kommission einen Entwurf zur »Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste« vorgelegt. Diese soll die Konzessionsrichtlinie auf die Häfen anwenden und stellt damit für die Beschäftigten in den Häfen eine Bedrohung dar. Auch hier wird sich nur dann etwas bewegen, wenn in den Hafenbetrieben mit den Gewerkschaften Widerstand organisiert wird.

DRUCK VON LINKS IM UMWELTAUSSCHUSS

Neben den genannten Beispielen erzeuge ich auch im Umweltausschuss Druck von links.

Ob es um Agrotreibstoffe, Fracking, Tiefseebohren nach Öl in der Arktis oder um den Klimawandel geht, eine satte Mehrheit der Allparteienkoalition setzt auf Gewinne der Konzerne statt auf die Zukunftsinteressen und die Gesundheit der Menschheit.

Energiekonzerne haben Fracking in Europa als neuen Goldesel entdeckt. Über den Umweg der EU-Institutionen wollen Konzerne lokalen Protest aushebeln und eine EU-Rahmengesetzgebung durchsetzen, die ihnen das Aufsuchen und die Ausbeutung dieser unkonventionellen Öl- und Gasvorkommen ermöglicht. Die Sicherheit unseres Trinkwassers steht auf dem Spiel. Deshalb unterstütze ich den Fracking-Widerstand.

Die europäische Gesetzgebung zu Agrotreibstoffen hat eine milliardenschwere Industrie geschaffen, die den Profitinteressen der Mineralölkonzerne und der Automobilindustrie dient. Nahrungsmittel gehören nicht in den Tank und die 10% Beimischungspflicht für Agrotreibstoffe in Benzin und Diesel muss abgeschafft werden.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist der Atomausstieg. Der Euratom-Vertrag sichert strukturell die Interessen der Atomindustrie ab. Ausgerechnet beim Strahlenschutz der Bevölkerung, der Sicherheit der AKWs oder der sogenannten Endlager hat das EU-Parlament keine Mitentscheidungsrechte, weil diese Richtlinien unter den Euratom-Vertrag fallen. Die Auflösung des Euratom-Vertrags ist Voraussetzung für einen europaweiten Atomausstieg.

SABINE WILS





SOZIALE RECHTE FÜR ALLE!

Die Banken- und Finanzkrise traf die EU 2008 mit voller Wucht. Die Herrschenden in der EU antworteten mit einem unsozialen Spardiktat und neoliberalen Privatisierungs- und Liberalisierungszwängen, die Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut stürzten.

Armut kann nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene bekämpft werden. Als Abgeordnete im Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments (EP) liegt mein Schwerpunkt auf dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. In zahlreichen kritischen Stellungnahmen habe ich mich für EU-weite armutsfeste Mindestlöhne und -einkommen, für soziale und ökologische Mindeststandards eingesetzt. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel und einen Europäischen Sozialpakt. Soziale Grundrechte müssen individuell einklagbar werden. Generell fordere ich einen sofortigen Stopp der exzessiven Sparpolitik und der unsozialen Troika-Memoranden, das Ende der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen und stelle mich gegen den Ausverkauf der Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme. Merkels autoritär-neoliberale Austeritätspolitik führt Gesellschaften an den Rand des Zusammenbruchs.

Als Vorsitzende der GUE/NGL habe ich mich dafür eingesetzt, dass sich das EP gegen die unsozialen Kürzungen der Regierungen im EU-Finanzplan stellt. Erstmals haben die EP-Abgeordneten den von den Regierungen beschlossenen Entwurf des mehrjährigen Finanzrahmens abgelehnt.

In den Verhandlungen zum Europäischen Sozialfonds (ESF) trete ich dafür ein, 25% der Strukturmittel an den ESF zu geben. Ich verdeutliche den Regierungen, dass die acht Milliarden Euro, die sie gegen Jugendarbeitslosigkeit einsetzen wollen, niemals ausreichen werden. Im Europäischen Jahr im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 bauten wir die Zusammenarbeit mit europäischen und nationalen Initiativen und NGOs aus. Für viele von ihnen wurden die Fraktion und ich selbst wichtige PartnerInnen im Kampf gegen Armut und Obdachlosigkeit.

In den letzten Jahren erfroren Hunderte Obdachlose, aber auch Menschen in ihren Wohnungen, weil sie sich die Energiekosten nicht mehr leisten konnten. Hunderttausende Stromabschaltungen und Zwangsräumungen verschärfen dieses Problem. Ich setze mich für eine europäische Strategie gegen Obdachlosigkeit ein und habe gefordert, Energiearmut durch verbindliche Obergrenzen für Miet- und Energiekosten zu verhindern. Haushalte sollen nicht mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden. Familien mit Kindern, ältere und kranke Menschen dürfen im Winter nicht mehr aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden. Zusätzlich fordere ich, dass die EU-Kommission eine breitere Definition für sozialen Wohnungsbau anwendet, um diesen massiv ausweiten zu können – je nach Bedarf des jeweiligen Mitgliedstaates.

2008 war auch das Jahr der weltweiten Hungerkrisen. Lebensmittelpreise explodierten, weil gewissenlose Spekulanten Grundnahrungsmittel und Landflächen als Geldanlage entdeckten. Als verantwortliche Berichterstatterin des EP zur Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern habe ich gefordert, die Finanzmärkte konsequent zu regulieren, um exzessive Spekulationen mit Nahrungsmitteln zu stoppen, Landraub in Entwicklungsländern zu verhindern und die Biospritziele zu ändern. Hier entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit mit zahlreichen NGOs und UN-Organisationen.

Nachdem Lothar Bisky 2012 überraschend den Fraktionsvorsitz abgab, übernahm ich seine Verantwortung. Seitdem versuche ich zwischen den Delegationen zu vermitteln und die politischen Gemeinsamkeiten der Fraktion stärker hervorzuheben. Wir konnten die interne Koordination, Kooperation und Kommunikation verbessern, trotz der unterschiedlichen politischen Traditionen. Diesen Prozess sollte die Fraktion weiterentwickeln, um stärker als Akteur auf europäischer Ebene wahrgenommen zu werden. Wir müssen die Zusammenarbeit mit anderen Linken, alternativen und progressiven Kräften außerhalb des EPs weiter ausbauen. Für viele, die sich kaum noch vertreten fühlen, sind wir eine wichtige Adresse. Das wollen wir bleiben.

GABI ZIMMER

WWW.DIELINKE-EUROPA.EU